

Digitalisierung und Nachhaltigkeit

Auf der Suche nach einer starken Plattformaufsicht in der EU

Bald gelten in der Europäischen Union (EU) einheitliche Regeln für Plattformen wie Amazon, Instagram und YouTube. Der „Digital Services Act“ wird als Meilenstein in der Regulierung von „Big Tech“ gesehen. Wie gut das funktioniert, hängt von einer starken Durchsetzung der neuen Regeln ab. Dafür müssen Behörden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

Von Julian Jaurisch

Ein neuer Sheriff sei in der Stadt, teilte Thierry Breton vollmundig auf Twitter mit. Das Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für den EU-Binnenmarkt, bezog sich damit Anfang 2022 auf das Digitale-Dienste-Gesetz der EU (*Digital Services Act*, DSA), das kurz vor dem Abschluss stand. Es schreibt ab 2024 EU-weite Regeln für Onlinemarktplätze, Suchmaschinen, Video-Apps und soziale Netzwerke vor. Erklärtes Ziel: Die „Transparenz und Sicherheit“ im Onlineumfeld zu verbessern. Amazon, Facebook, TikTok & Co. müssen dann zum Beispiel analysieren, welche Risiken für Grundrechte und Jugendschutz sich aus ihren Angeboten ergeben. Sie müssen erklären, wie ihre algorithmischen Empfehlungssysteme das nächste Video oder Produkt vorschlagen, und es gibt detailliertere Regeln dazu, wie Nutzende möglicherweise illegale Inhalte melden können.

Durchsetzung fragwürdig

Der Tweet war ein voller Erfolg, um Aufmerksamkeit auf den DSA zu lenken. Zu ernst muss der Inhalt also nicht genommen werden, dennoch muss festgehalten werden: Der DSA ist gar kein Sheriff. Wenn die gewalttätige Metapher eines Wild-West-Duells zwischen „DSA“ und „illegalen Inhalten“ – wie im Video zum Tweet suggeriert – halbwegs passend gemacht werden müsste, dann wäre nicht vom Gesetzestext als einzelner Sheriff, sondern von vielen Sheriffs die Rede. Denn am Ende werden es

die Kommission und mehrere nationale Behörden sein, die den DSA durchsetzen müssen. Das ist ein wichtiger Unterschied, der über den Erfolg des Gesetzes entscheiden wird.

Für sehr große Onlineplattformen (mehr als 45 Millionen Nutzende pro Monat) ist weitgehend die Kommission zuständig. Für kleinere Plattformen kommen Behörden der Mitgliedstaaten zum Einsatz, etwa aus dem Verbraucher/Innenschutz oder der Medienregulierung. Die nationalen Stellen spielen im Umgang mit großen Plattformen aber auch eine wichtige Rolle auf EU-Ebene, da sie in einem neuen europäischen Gremium zusammenarbeiten sollen. Die EU-Länder müssen also dafür sorgen, dass sie gut ausgestattete, spezialisierte und bestens vernetzte Behörden für die Plattformaufsicht aufbauen. Das ist umso dringlicher, da der DSA aller Voraussicht nach Berge von Daten, Berichten und Leitlinien produzieren wird. Bestes Beispiel dafür ist die für Verwaltung und Forschung neu geschaffene Möglichkeit, den Zugriff auf Plattformdaten zu beantragen – etwa, um zu bewerten, wie gut die Unternehmen mögliche Grundrechtsrisiken ihrer Angebote adressieren.

Schulterschluss mit Forschungsteams

Wie sich Inhalte online verbreiten, wie die Algorithmen der Plattformen funktionieren, welche Risiken auf welche Weise verringert werden könnten – zu all die-

sen Fragen könnten gut gemachte, datenschutzfreundliche Datenanalysen Antworten liefern. Dafür müssten Behörden auf verschiedenen Ebenen – Land, Bund, EU – und aus verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten. Wichtig ist auch ein Schulterschluss mit Forschungsteams aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Journalismus. Spätestens hier wird deutlich, dass auch das Bild der zahlreichen Behörden als „Sheriffs“ schief ist. Statt Sheriffs, die sich wagemutig mit „Big Tech“ duellieren, ist für die europäische Plattformaufsicht vielmehr eine Art Symbiose unterschiedlicher Organisationen und Regulatoren nötig. Sie müssen nicht schnell schießen, sondern im Austausch miteinander stehen und gemeinsam für Aufklärung sorgen. Sie sollten keine Einzelkämpfe führen, sondern strukturelle Schwächen der Plattformökonomie beseitigen.

Lange setzten Regierungen lieber auf Selbstregulierung, anstatt Regeln für die Branche aufzustellen. Wissenschaftler/innen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Medienschaffende und Whistleblower/innen waren in dieser Zeit die treibenden Kräfte, um wenigstens für ein bisschen Transparenz und Rechenschaft besonders bei den großen, finanz- und lobbystarken Tech-Unternehmen zu sorgen. Nun, da europäische Behörden auch aktiv werden sollen und weitere Gesetzesvorhaben zu Plattformen, der Datenökonomie und Künstlicher Intelligenz in Planung sind, ist eine Zusammenarbeit dieser Akteure wichtiger denn je. Eine Plattformaufsicht, die Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringt, kann nicht nur Verstöße gegen den DSA ahnden, sondern langfristig ein starkes Gegengewicht zu den dominierenden Plattformen bilden. Das ist allemal besser als ein wild umher-schießender Sheriff.

AUTOR + KONTAKT

Dr. Julian Jaurisch ist Projektleiter beim gemeinnützigen Think Tank Stiftung Neue Verantwortung (SNV).

Stiftung Neue Verantwortung e. V.,
Berliner Freiheit 2, 10785 Berlin.
E-Mail: jjaurisch@stiftung-nv.de,
Twitter: @jjaurisch